

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Kay Gottschalk, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/8140 –**

### **Fragen zum Deliktsbereich Sozialleistungsbetrug**

#### **Vorbemerkung der Fragesteller**

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist im Band 4 der PKS 2017 (PKS Bundeskriminalamt, 2017, Band 4, Version 3.0, Seite 93, <https://bit.ly/2JnTfaE>) 18 232 erfasste Fälle (für das Vorjahr 2016: 18 944) von Sozialleistungsbetrug aus. Unter „Sozialleistungsbetrug“ (Schlüssel 517800) fallen entsprechend der Fußnote „alle durch Täuschung der vergebenden öffentlichen Stellen betrügerisch erlangten Geld- oder Sachleistungen von Sozialleistungsträgern (z. B. Wohngeld, Kindergeld)“. Auf der Seite 101 wird für das Gesamtjahr eine Schadenssumme von 85,4 Mio. Euro ausgewiesen. Davon liegen knapp 50 Prozent der Fälle bei einer Schadenssumme von 500 bis 5 000 Euro.

Nach § 5a Absatz 1 des Finanzverwaltungsgesetzes (FVG) übt die Generalzolldirektion die Dienst- und Fachaufsicht über die Hauptzollämter und Zollfahndungsämter aus. Entsprechend der Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/1436 wird der Deliktsbereich des Betruges bei Sozialleistungen von den Hauptzollämtern bearbeitet, und daher würden bei der Polizei nur wenige Fälle des sog. Sozialleistungsbetruges bekannt. Daten der Hauptzollämter zu diesem Deliktsbereich würden nicht in die PKS einfließen.

1. Wie viele Verdachtsfälle des Sozialleistungsbetrugs wurden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Jahren 2014 bis einschließlich 2018 (bitte getrennt nach Jahren angeben) im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) registriert und von den gemeinsamen Einrichtungen an die Staatsanwaltschaft oder die Bundesfinanzbehörden (bitte getrennt nach Staatsanwaltschaft und Bundesfinanzbehörden angeben) abgegeben (auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 18/1112 wird hingewiesen)?

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich ausschließlich auf SGB-II-Fälle der gemeinsamen Einrichtungen nach § 44b SGB II. Der Bundesregierung liegen keine Daten der zugelassenen kommunalen Träger vor. In der nachfolgenden Tabelle sind die Verdachtsfälle, die an die Staatsanwaltschaft und an die Zollverwaltung abgegeben wurden, gelistet.

| Jahr | Zollverwaltung | Staatsanwaltschaft | Insgesamt |
|------|----------------|--------------------|-----------|
| 2014 | 40.149         | 14.321             | 54.470    |
| 2015 | 35.065         | 11.320             | 46.385    |
| 2016 | 38.721         | 10.917             | 49.638    |
| 2017 | 39.438         | 10.331             | 49.769    |
| 2018 | 41.927         | 8823               | 50.750    |

2. Wie hoch waren die Schadenssummen der in Frage 1 genannten abgegebenen Fälle (bitte nach Jahren und Abgabe an Staatsanwaltschaft und Bundesfinanzbehörden unterteilen)?

Der Bundesagentur für Arbeit liegen zu dieser Frage keine auswertbaren Daten vor.

3. Wie viele Verdachtsfälle des Sozialleistungsbetrugs wurden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Jahren 2014 bis einschließlich 2018 (bitte getrennt nach Jahren angeben) im Bereich der Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) registriert und an die Staatsanwaltschaft oder die Bundesfinanzbehörden (bitte getrennt nach Staatsanwaltschaft und Bundesfinanzbehörden angeben) abgegeben (auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 18/1112 wird hingewiesen)?

In der nachfolgenden Tabelle sind die Verdachtsfälle, die an die Staatsanwaltschaft und an die Zollverwaltung abgegeben wurden, gelistet.

| Jahr | Zollverwaltung | Staatsanwaltschaft | Insgesamt |
|------|----------------|--------------------|-----------|
| 2014 | 49.033         | 1.445              | 50.478    |
| 2015 | 51.075         | 2.133              | 53.208    |
| 2016 | 47.364         | 1.608              | 48.972    |
| 2017 | 49.810         | 1.267              | 51.077    |
| 2018 | 52.711         | 1.378              | 54.089    |

4. Wie hoch waren die Schadenssummen der in Frage 3 genannten abgegebenen Fälle (bitte nach Jahren Abgabe an Staatsanwaltschaft und Bundesfinanzbehörden unterteilen)?

Der BA liegen zu dieser Frage keine auswertbaren Daten vor.

5. Welche Bundesfinanzbehörden sind für die Bearbeitung welcher Delikte aus dem Deliktsbereich Sozialleistungsbetrugs auf Basis welcher Rechtsgrundlage zuständig (bitte in einer Tabelle darstellen)?

Von den Bundesfinanzbehörden nach § 1 des Finanzverwaltungsgesetzes (FVG) sind die Hauptzollämter als örtliche Behörden für die Bearbeitung von Delikten aus dem Deliktsbereich Sozialleistungsbetrug zuständig. Hier kommt lediglich Betrug nach § 263 des Strafgesetzbuches (StGB) als Delikt in Betracht. Rechtsgrundlage im Zuge der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung durch die Hauptzollämter ist § 12 Absatz 2 FVG in Verbindung mit § 2 Absatz 1 und § 14 Absatz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG).

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung (FKS) wird im operativen Bereich im Bundesgebiet von 41 Hauptzollämtern mit insgesamt 115 Standorten wahrgenommen. Darüber hinaus leitet die Generalzolldirektion nach § 5a FVG bundesweit die Durchführung der Aufgaben der Zollverwaltung und übt die Dienst- und Fachaufsicht über die Hauptzollämter aus.

6. Besitzen nach Kenntnis der Bundesregierung Landesfinanzbehörden eine Zuständigkeit für die Bearbeitung von Delikten aus dem Deliktsbereich des Sozialleistungsbetrugs, und wenn ja, welche (wenn möglich bitte analog Frage 5 antworten)?

Die Landesfinanzbehörden besitzen keine eigenen Zuständigkeiten für die Bearbeitung von Delikten aus dem Deliktsbereich des Sozialleistungsbetrugs. Sie arbeiten mit der FKS im Wege der Unterstützung (§ 2 Absatz 2 Nummer 1 SchwarzArbG) und des Informationsaustauschs (§ 31a der Abgabenordnung und § 6 Absatz 1 SchwarzArbG) zusammen.

7. Wie viele Verdachtsfälle des Sozialleistungsbetrugs (bitte für alle Sozialleistungen im Zuständigkeitsbereich der zugelassenen kommunalen Träger angeben) wurden von den zugelassenen kommunalen Träger in den Jahren 2014 bis einschließlich 2018 (bitte getrennt nach Jahren angeben) zur Bearbeitung an die Bundesfinanzbehörden abgegeben?

Die Aufsicht über die zugelassenen kommunalen Träger obliegt den zuständigen Landesbehörden. Der Bundesregierung liegen daher hierzu keine Zahlen vor.

8. Wie viele Fälle von Sozialleistungsbetrug wurden bei den Bundesfinanzbehörden insgesamt in den Jahren 2014 bis einschließlich 2018 (bitte getrennt nach Jahren angeben) bearbeitet?

Die von der FKS erledigten Strafverfahren wegen Sozialleistungsbetrugs (§ 263 StGB) sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

| Jahr | erledigte Strafverfahren<br>Sozialleistungsbetrug (§ 263 StGB) |
|------|----------------------------------------------------------------|
| 2014 | 82.870                                                         |
| 2015 | 87.193                                                         |
| 2016 | 89.674                                                         |
| 2017 | 86.094                                                         |
| 2018 | 88.031                                                         |

9. Wie hoch waren die festgestellten Schadenssummen (bitte getrennt nach Kalenderjahr angeben) im Sinne von Frage 8?

Die von der FKS im Zusammenhang mit Sozialleistungsbetrug (§ 263 StGB) festgestellten Schadenssummen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

| Jahr | Schadenssumme in Euro<br>Sozialleistungsbetrug (§ 263 StGB) |
|------|-------------------------------------------------------------|
| 2014 | 91.768.708,66                                               |
| 2015 | 81.525.618,09                                               |
| 2016 | 101.692.122,33                                              |
| 2017 | 95.527.489,46                                               |
| 2018 | 85.400.919,00                                               |

10. Unter welcher Schlüsselnummer wird bzw. wurde der bis zum 31. Dezember 2015 in der PKS unter der Schlüsselnummer 5177(00) erfasste „Betrug zum Nachteil der Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträger“ weitergeführt?

Der bis zum 31. Dezember 2015 unter der Schlüsselnummer 517700 erfasste „Betrug zum Nachteil der Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträger“ wird seit 1. Januar 2016 unter dem Schlüssel 522000 „Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB)“ fortgeführt.

11. Wie lauten die Zahlen der Schlüsselnummer 517800 für das Jahr 2018, differenziert analog der Seiten 93 bis 101 (PKS 2017, Band 4, Version 3.0)?

Die PKS für das Jahr 2018 wird der IMK-Vorsitzende zusammen mit dem Bundesinnenminister am 4. April 2019 der Öffentlichkeit im Rahmen einer Pressekonferenz vorstellen.

12. Wie hoch waren die in den drei Verfahren aus dem Bereich Organisierte Kriminalität (OK) (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 19/6718) festgestellten Schadenssummen (bitte pro Verfahren ausweisen), und welche Staatsangehörigkeiten hatten die Tatverdächtigen in den Verfahren überwiegend (bitte getrennt ausweisen)?

In zwei der in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 19/6718 genannten OK-Verfahren wurde kein Schaden gemeldet. In dem dritten OK-Verfahren wurde für das Berichtsjahr 2017 ein Schaden in Höhe von 280 000 Euro gemeldet. Diese Schadenssumme betrifft allerdings nicht ausschließlich den Deliktsbereich „Sozialleistungsbetrug“, sondern auch den Deliktsbereich „Eigentumskriminalität“. Eine Aufschlüsselung der Schadenssumme zwischen den beiden Deliktsbereichen ist nicht möglich, da für OK-Verfahren nur die Schadens-Gesamtsummen gemeldet werden.

Die Verteilung der Staatsangehörigen der Tatverdächtigen (TV) zu den drei genannten OK-Verfahren stellt sich wie folgt dar:

- OK-Verfahren 1: Zwei bulgarische TV, ein libanesischer TV,
- OK-Verfahren 2: Vier deutsche TV,
- OK-Verfahren 3: 14 bulgarische TV.

13. Wie viele OK-Verfahren, die Sozialleistungsbetrug zum Gegenstand hatten, wurden im Jahr 2018 geführt, wie hoch waren die dabei festgestellten Schadenssummen (bitte pro Verfahren ausweisen), und welche Staatsangehörigkeit hatten die Tatverdächtigen in diesen Verfahren überwiegend (bitte getrennt ausweisen)?

Daten zum Berichtsjahr 2018 können derzeit noch nicht mitgeteilt werden, da die Datenerhebung und die Qualitätssicherung für das Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2018 noch nicht abgeschlossen sind.

14. In wie vielen Fällen konnte nach Kenntnis der Bundesregierung (bitte für die Kalenderjahre 2016, 2017 und 2018 getrennt angeben) aufgrund der Änderung des Einkommensteuergesetzes der Doppelbezug von Kindergeld aufgedeckt werden, und wie viele dieser Fälle betrafen Konstellationen, in denen mindestens ein anspruchsberechtigter Elternteil oder das Kind die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union hatte (auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 18/7199 wird hingewiesen)?

Seit dem 1. Januar 2016 ist gesetzliche Voraussetzung für den Anspruch auf Kindergeld, dass sowohl der Berechtigte als auch das Kind durch die steuerliche Identifikationsnummer (§ 139b AO) identifiziert werden. Zur Verhinderung ungerechtfertigter Kindergeldzahlungen sind die Familienkassen zudem seit Januar 2016 verpflichtet, ein Kontrollverfahren, in dem jede Familienkasse ihre Zuständigkeit für die Zahlung von Kindergeld unter Angabe der Identifikationsnummer des Kindes meldet, zu nutzen. Durch dieses Verfahren werden seitdem in der Regel drohende Doppelzahlungen bereits im Vorfeld erkannt und verhindert.

Im Jahr 2016 wurden 45 Fälle mit Doppelbezug von Kindergeld bekannt und 104 Fälle im Jahr 2017. Für das Jahr 2018 liegen hierzu noch keine statistischen Daten vor. Eine statistische Differenzierung hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Kindergeldberechtigten oder ihrer Kinder erfolgt nicht.

15. Wie viele Personen waren in den Jahren 2013 bis einschließlich 2018 (bitte nach deutschen Staatsangehörigen, EU-Bürgern und Drittstaaten sowie nach Jahren aufteilen) Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII)?

Der nachstehenden Tabelle kann die Anzahl der Empfänger von Leistungen nach dem Dritten bzw. Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) für die Jahre 2013 bis 2017 entnommen werden. Für das Jahr 2018 liegen der Bundesregierung noch keine entsprechenden Zahlen vor.

| <b>Leistungsempfänger nach dem SGB XII außerhalb von und in Einrichtungen am Jahresende</b> |                    |          |              |          |                    |          |              |          |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|----------|--------------|----------|--------------------|----------|--------------|----------|
|                                                                                             | 3. Kapitel SGB XII |          |              |          | 4. Kapitel SGB XII |          |              |          |
|                                                                                             | Alle               | Deutsche | EU-Ausländer | Sonstige | Alle               | Deutsche | EU-Ausländer | Sonstige |
| 2013                                                                                        | 370.275            | 346.736  | 5.535        | 18.004   | 962.187            | 816.071  | 20.493       | 125.623  |
| 2014                                                                                        | 382.473            | 357.214  | 6.256        | 19.003   | 1.002.547          | 846.534  | 24.458       | 131.555  |
| 2015                                                                                        | 397.577            | 370.934  | 6.865        | 19.778   | 1.038.008          | 867.011  | 34.193       | 136.804  |
| 2016                                                                                        | 374.310            | 345.687  | 7.591        | 21.032   | 1.025.903          | 846.759  | 36.008       | 143.136  |
| 2017                                                                                        | 374.646            | 346.173  | 8.128        | 20.345   | 1.058.827          | 869.955  | 38.216       | 150.656  |

Quelle: Statistisches Bundesamt

16. Bei wie vielen Unionsbürgern oder ihren Familienangehörigen wurde nach den Vorschriften des § 2 Absatz 7, § 5 Absatz 4 und § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (FreizügG/EU) ein Nichtbestehen bzw. der Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt in den Kalenderjahren 2015, 2016, 2017 und 2018 festgestellt, und wie viele dieser Personen sind nach der Feststellung ausgereist (bitte getrennt nach Jahren angeben)?

Angaben aus dem Ausländerzentralregister (AZR) zum Stichtag 28. Februar 2019 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Anzahl Personen mit Nichtbestehen bzw. Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt (nach Erteilungsjahr):

| <b>FreizügG/EU</b>     | <b>2015</b>  | <b>2016</b>  | <b>2017</b>  | <b>2018</b>  | <b>Gesamt</b> |
|------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|
| § 2 Abs. 7 FreizügG/EU | 43           | 55           | 66           | 185          | <b>349</b>    |
| § 5 Abs. 4 FreizügG/EU | 905          | 1.091        | 1.078        | 1.465        | <b>4.539</b>  |
| § 6 Abs. 1 FreizügG/EU | 1.058        | 1.355        | 1.456        | 1.323        | <b>5.192</b>  |
| <b>Gesamt</b>          | <b>2.006</b> | <b>2.501</b> | <b>2.600</b> | <b>2.974</b> | <b>10.080</b> |

Personen, die nach der Feststellung des Nichtbestehens oder Verlustes des Rechts auf Einreise und Aufenthalt (Erteilungsjahr 2015-2018) ausgereist sind (nach Ausreisejahr)\*:

| <b>FreizügG/EU</b>     | <b>2015</b> | <b>2016</b>  | <b>2017</b>  | <b>2018</b>  | <b>2019</b> | <b>Gesamt</b> |
|------------------------|-------------|--------------|--------------|--------------|-------------|---------------|
| § 2 Abs. 7 FreizügG/EU | 11          | 17           | 15           | 45           | 4           | 92            |
| § 5 Abs. 4 FreizügG/EU | 148         | 219          | 326          | 341          | 16          | 1.050         |
| § 6 Abs. 1 FreizügG/EU | 396         | 874          | 1.021        | 1.018        | 153         | 3.462         |
| <b>Gesamt</b>          | <b>555</b>  | <b>1.110</b> | <b>1.362</b> | <b>1.404</b> | <b>173</b>  | <b>4.604</b>  |

\* Personen können ggf. nach der Ausreise wieder nach Deutschland eingereist sein. Bei den Personen mit mehreren gespeicherten Sachverhalten nach FreizügG/EU im Auswertungszeitraum wurde nur der letzte Sachverhalt gezählt.

17. Wie vielen Unionsbürgern oder ihren Familienangehörigen ist nach § 7 Absatz 2 FreizügG/EU die Einreise und der Aufenthalt im Bundesgebiet (bitte für den Zeitraum 2015 bis einschließlich 2018 und getrennt nach Jahren angeben) untersagt, und in welcher Datenbank ist dieser Hinweis hinterlegt, und haben die Sozialleistungsbehörden Zugriff auf diese Datenbank?

Angaben aus dem AZR zum Stichtag 28. Februar 2019 zu Personen mit Nichtbestehen oder Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt nach § 7 Absatz 2 FreizügG/EU\* können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

| <b>FreizügG/EU</b>     | <b>2015</b>  | <b>2016</b>  | <b>2017</b>  | <b>2018</b>  | <b>Gesamt</b> |
|------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|
| § 2 Abs. 7 FreizügG/EU | 13           | 38           | 37           | 150          | <b>238</b>    |
| § 6 Abs. 1 FreizügG/EU | 1.058        | 1.355        | 1.456        | 1.323        | <b>5.192</b>  |
| <b>Gesamt</b>          | <b>1.071</b> | <b>1.393</b> | <b>1.493</b> | <b>1.473</b> | <b>5.430</b>  |

\* Personen, die mit dem Speichersachverhalt nach § 2 Absatz 7 FreizügG/EU (Nichtbestehen des Rechts auf Einreise und Aufenthalt) festgestellt wurden, wurden entsprechend der Fragestellung nicht einbezogen.

Die entsprechenden Sachverhalte werden im AZR gespeichert. Die Angaben werden auf Anfrage auch an Träger der Sozialhilfe und für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständige Stellen übermittelt. Sozialleistungsbehörden, die für den Zugriff im automatisierten Verfahren zugelassen sind, können diese Informationen selbständig abrufen.

18. Ist es möglich, im Ausländerzentralregister (AZR) für einen Ausländer (damit sind Personen gemeint, die nicht unter die für Kinder geltende Ausnahmeregelung fallen) einen Datensatz anzulegen, ohne dass von diesem Ausländer Fingerabdrücke genommen und im AZR hinterlegt werden, und wenn ja, wer darf einen solchen Datensatz anlegen, und wie kann in einem solchen Fall ein Doppelbestand ausgeschlossen werden?

Es ist möglich, im AZR Personen zu erfassen, ohne gleichzeitig Fingerabdruckdaten zu erheben. Fingerabdruckdaten dürfen gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 1 des Ausländerzentralregistergesetzes (AZRG) nur für Ausländer nach § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 AZRG gespeichert werden. Bei Drittstaatsangehörigen, die nicht unter die Regelungen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 AZRG fallen, und Unionsbürgern dürfen keine Fingerabdruckdaten erfasst werden.

Auch bei Personen nach § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 AZRG kann es vorkommen, dass sie ohne gleichzeitige Erhebung von Fingerabdruckdaten zu registrieren sind, z. B. wenn die Fingerabdrucknahme vorübergehend oder dauerhaft nicht möglich ist.

Um Doppelerfassungen zu vermeiden, muss vor der Registrierung der Person nach den angegebenen Grundpersonalien im AZR gesucht werden. Das Register meldet gleiche und ähnliche Personalien an die erfassende Person zurück. Erst nach manueller Bestätigung, dass zu keinem der gefunden Treffer eine Personenidentität besteht, kann der neue Datensatz angelegt werden.

Generell sind nach Tabelle 3 Spalte C der Anlage zur AZRG-DV folgende Stellen zur Erfassung von Grundpersonalien berechtigt:

- Ausländerbehörden und mit der Durchführung ausländerrechtlicher Vorschriften betraute öffentliche Stellen
- Aufnahmeeinrichtungen
- mit grenzpolizeilichen Aufgaben betraute Behörden in der Rechtsverordnung nach § 58 Absatz 1 des Bundespolizeigesetzes bestimmte Bundespolizeibehörde
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Polizeivollzugsbehörden der Länder
- ermittlungsführende Polizeibehörden
- Staatsanwaltschaften
- Gerichte
- Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder
- Bundeskriminalamt
- Landeskriminalämter
- Zollkriminalamt
- sonstige Polizeivollzugsbehörden der Länder
- Staatsangehörigkeitsbehörden.

19. In wie vielen personenbezogenen Datensätzen des AZR sind zum Stichtag 31. Dezember 2018 keine Fingerabdrücke hinterlegt (bitte nach Alter „bis 14 Jahre“, „14 bis 17 Jahre“ und „ab 18 Jahren“ unterteilen)?

Daten im Sinne der Frage zum 31. Dezember 2018 können im AZR im Nachhinein nicht mehr ermittelt werden. Zum Stichtag 28. Februar 2019 waren im AZR 15 747 767 Personen ohne Fingerabdruck gespeichert. Hierbei handelt es sich allerdings hauptsächlich um Drittstaatsangehörige, die nicht unter die Regelungen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 AZRG fallen, und Unionsbürger, zu denen keine Fingerabdruckdaten im AZR gespeichert werden dürfen (siehe Antwort zu Frage 18).

Angaben zum Alter können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

| Alter              | unter<br>14 Jahre | 14 bis<br>17 Jahre | ab<br>18 Jahre | nicht<br>berechenbar | Gesamt     |
|--------------------|-------------------|--------------------|----------------|----------------------|------------|
| Anzahl<br>Personen | 1.529.227         | 360.525            | 13.857.061     | 954                  | 15.747.767 |

20. Welche Leistungsbehörden (bitte auflisten) nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung mangels entsprechenden Antrags zum Stichtag 31. Dezember 2018 nicht am automatisierten Verfahren (vgl. erster Absatz der Antwort der Bundesregierung zu Frage 4g auf Bundestagsdrucksache 18/11262), und welche waren das zum Stichtag 31. Dezember 2017?

Aktuell sind 51 Stellen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und 76 Träger der Sozialhilfe nicht zum automatisierten Verfahren zugelassen. Die einzelnen Stellen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Zu früheren Stichtagen lassen sich derartige Angaben rückwirkend nicht ermitteln:

| Stellen nach AsylbLG                      |                                      |
|-------------------------------------------|--------------------------------------|
| AsylbLG Flüchtl.A Kr. Bergstr.            | AsylbLG Landkreis Lüchow-Dannenberg  |
| AsylbLG Sozialamt Main-Taunus-Kreis       | AsylbLG LRA Neckar-Odenwald-Kreis    |
| AsylbLG SoziA Stadt Erwitte               | AsylbLG Stadt Borken                 |
| AsylbLG Kreis Herzogtum Lauenburg         | AsylbLG ZUE Meschede BezReg Arnsberg |
| AsylbLG Verbandsgemeinde Ulmen            | AsylbLG Landkreis Wittenberg         |
| AsylbLG Landkreis Cuxhaven                | AsylbLG Landkreis Harz               |
| AsylbLG Verbandsgemeindeverwaltung Zell   | AsylbLG Stadt Hallenberg             |
| AsylbLG Landeshauptstadt Schwerin         | AsylbLG Samtgemeinde Schwarmstedt    |
| AsylbLG Verbandsgemeindeverwaltung Adenau | AsylbLG Landkreis Stade              |
| AsylbLG VGV Dahner Felsenland             | AsylbLG Gemeinde Westoverledingen    |
| AsylbLG VG Thaleischweiler-Wallhalben     | AsylbLG Gemeinde Bakum               |
| AsylbLG Gemeinde Jade                     | AsylbLG Stadt Krefeld                |
| AsylbLG Gemeindefreier Bezirk Lohheide    | AsylbLG Gemeinde Odenthal            |
| AsylbLG VerbGemVerw Alsenz-Obermoschel    | AsylbLG Gemeinde Hatten              |
| AsylbLG VG Rhein-Mosel                    | AsylbLG Gemeinde Salzbergen          |
| AsylbLG Stadt Hilchenbach                 | AsylbLG Samtgemeinde Heeseberg       |
| AsylbLG Samtgemeinde Schwaförden          | AsylbLG Gemeinde Zetel               |
| AsylbLG Stadt Neukirchen-Vluyn            | AsylbLG Stadtverwaltung Worms        |
| AsylbLG Stadt Paderborn                   | AsylbLG Stadt Walsrode               |
| AsylbLG Landratsamt Zollernalbkreis       | AsylbLG Gemeinde Stadland            |
| AsylbLG Gemeinde Hille                    | AsylbLG Amt Leezen                   |
| AsylbLG Hochtaunuskreis                   | AsylbLG Verbandsgemeinde Hillesheim  |
| AsylbLG Stadt Chemnitz                    | AsylbLG Verbandsgemeinde Obere Kyll  |
| AsylbLG Landratsamt Lichtenfels           | AsylbLG LRA Aichach-Friedberg        |
| AsylbLG Landratsamt Rottweil              | AsylbLG VGV Trier-Land               |
|                                           | AsylbLG Kreisverwaltung Birkenfeld   |

| Stellen der Sozialhilfe und Träger der Grundsicherung |                                    |
|-------------------------------------------------------|------------------------------------|
| Bez-Sozi-Amt Mittelfranken                            | Sozialamt LRA Rems.Murr.Kreis      |
| Bez-Amt Neukölln                                      | SozAmt Marburg                     |
| BSF Hamburg                                           | Amt f. Soziales u. Senioren        |
| Kreisv. Teltow-Fläming                                | Jobcenter Bonn                     |
| Stadt Amberg                                          | JobC LKR Reutlingen                |
| SozA STV Wickede (Ruhr)                               | JobC Kiel                          |
| Amt f. soz. Dienste Bremen                            | SozAmt STV Krefeld                 |
| Jobcenter Essen                                       | Jobcenter Kreis Unna               |
| Kommunales Jobcenter Hamm                             | Jobcenter Rhein-Sieg-Kreis         |
| Jobcenter Wiesloch                                    | Jobcenter Rosenheim                |
| JobC Langenhagen                                      | KRV Heinsberg                      |
| Jobcenter Neukölln                                    | JobC Stuttgart-Weilimdorf          |
| Jobcenter Saarpfalz                                   | SozAmt KRV Heinsberg               |
| Jobcenter Passau Land                                 | Jobcenter Rems-Murr-Kreis          |
| Jobcenter Aachen                                      | Jobcenter Berlin – Pankow          |
| JobC Berlin Mitte                                     | Rhein-Sieg Bad Honnef              |
| Arbeitplus Bielefeld                                  | Rhein-Erft / Frechen               |
| JobC LKR Esslingen                                    | Berchtesgadener Land               |
| Ges. f. Integr. + Arb. Gießen                         | Jobcenter Nürnberg                 |
| Jobcenter Hagen                                       | Rhön-Grabfeld                      |
| AfA Berlin Brandenburg                                | ME-aktiv in Hilden                 |
| Jobcenter Köln-Kalk                                   | KRV Viersen                        |
| Jobcenter Ludwigsburg                                 | Jobcenter Rhein – Kreis Neuss      |
| Jobcenter Märk. Kreis, Iserlohn                       | Sozialamt LRA Görlitz              |
| SozAmt Mönchengladbach                                | Jobcenter Oberberg                 |
| Jobcenter München                                     | Jobcenter Gelsenkirchen            |
| Jobcenter Münster                                     | Jobcenter Rhein – Erft             |
| Jobcenter Neu-Ulm                                     | Jobcenter Rhein – Erft – Erftstadt |
| Jobcenter Kreis Paderborn                             | Jobcenter Eisenach                 |
| Jobcenter Kreis Recklinghausen                        | Jobcenter Staßfurt                 |
| Jobcenter Lübeck                                      | JobKomm Bad Vilbel                 |
| Jobcenter Rhein-Sieg                                  | Jobcenter LK Böblingen             |
| JobKOMM GmbH Kreis Wetterau                           | Jobcenter Zwickau                  |
| Jobcenter Wuppertal                                   | Jobcenter Rhein-Erft – Elsdorf     |
| SozA STV Weiterstadt                                  | Jobcenter Marzahn-Hellersdorf      |
| Arbeitsförd. Kassel Stadt                             | Jobcenter Ebersberg                |
| LKR Sigmaringen                                       | Bezirk Unterfranken                |
| Jobcenter Mannheim                                    | Bezirk Schwaben                    |

21. Wie ist die Differenz zwischen den Zugängen im Easysystem und den formellen Erstanträgen (vgl. Antwort zu Frage 4e auf Bundestagsdrucksache 18/11262) zu erklären, und wie lauten die aktuellen Zahlen für die Jahre 2017 und 2018 (bitte die Tabellen aktualisieren)?

Die Zahl der formellen Asylerstanträge wird über MARiS (Workflow- und Dokumentenmanagementsystem des BAMF zur Vorgangsbearbeitung im Asylverfahren) ermittelt und fließt in die Asylgeschäftsstatistik des BAMF ein. Diese stellt eine vollständige, sich aufgrund der Eingaben/Korrekturen fortlaufend aktualisierende, nachweisführende Arbeitsstatistik dar.

Das EASY-System dient ausschließlich der Verteilung von Asylbegehrenden (§ 47 des Asylgesetzes – AsylG). § 52 AsylG regelt die entsprechende Quotenanrechnung. Danach werden auf die Quoten nach § 45 AsylG (Quotenverteilung gemäß Königsteiner Schlüssel) die Aufnahme von Asylbegehrenden in den Fällen des § 14 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3, der §§ 14a sowie 51 AsylG angerechnet.

Die in das EASY-System eingebuchten Asylgesuche bilden insofern nur eine Teilmenge der in MARiS erfassten Personen ab:

Personen, die Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis mit einer Gültigkeitsdauer von mehr als sechs Monaten sind und einen Asylantrag stellen (§ 14 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 AsylG), werden z. B. nicht auf die genannten Quoten angerechnet.

Dies betrifft insbesondere Personen, die im Wege des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen sind und einen Asylantrag stellen, obwohl sie bereits aufenthaltsberechtigt sind. Hierdurch können insbesondere die Differenzen bei Antragstellern aus Syrien und dem Irak erklärt werden.

Weitere Differenzen zwischen den EASY-Zahlen und den Erstanträgen können sich u. a. auch aus folgenden Gründen ergeben:

Untertauchen nach EASY-Verteilung, zeitliche Unterschiede hinsichtlich des Anrechnungszeitpunktes, Stornierungen im EASY-System.

Ein direkter Vergleich von formellen Erstanträgen und EASY-Zugangszahlen ist daher nicht möglich und führt ggf. zu falschen Schlussfolgerungen.

Angaben zu im EASY-System erfassten Asylsuchenden und zu formellen Asylanträgen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

| Jahr 2017               | EASY-Zugänge | formelle Asylanträge<br>(Erstanträge) |
|-------------------------|--------------|---------------------------------------|
| insgesamt               | 164.013      | 198.317                               |
| Syrien                  | 32.840       | 48.974                                |
| Irak                    | 17.630       | 21.930                                |
| Afghanistan             | 14.949       | 16.423                                |
| Eritrea                 | 9.313        | 10.226                                |
| Iran                    | 7.852        | 8.608                                 |
| Türkei                  | 7.896        | 8.027                                 |
| Nigeria                 | 7.614        | 7.811                                 |
| Somalia                 | 6.230        | 6.836                                 |
| Russische Föderation    | 4.567        | 4.884                                 |
| Ungeklärt               | 1.661        | 4.067                                 |
| Guinea                  | 3.146        | 3.953                                 |
| Albanien                | 3.890        | 3.774                                 |
| Pakistan                | 2.636        | 3.670                                 |
| Armenien                | 2.848        | 3.483                                 |
| Georgien                | 3.257        | 3.081                                 |
| Serbien                 | 2.038        | 2.332                                 |
| Algerien                | 1.816        | 1.951                                 |
| Marokko                 | 1.581        | 1.948                                 |
| Tunesien                | 398          | 431                                   |
| Nordmazedonien          | 2.408        | 2.464                                 |
| Kosovo                  | 985          | 1.300                                 |
| Bosnien und Herzegowina | 598          | 704                                   |
| Montenegro              | 322          | 341                                   |

| Jahr 2018               | EASY-Zugänge | formelle Asylanträge<br>(Erstanträge) |
|-------------------------|--------------|---------------------------------------|
| insgesamt               | 142.823      | 161.931                               |
|                         |              |                                       |
| Syrien                  | 30.033       | 44.167                                |
| Irak                    | 14.011       | 16.333                                |
| Iran                    | 10.790       | 10.857                                |
| Nigeria                 | 10.020       | 10.168                                |
| Türkei                  | 10.262       | 10.160                                |
| Afghanistan             | 11.642       | 9.942                                 |
| Eritrea                 | 4.959        | 5.571                                 |
| Somalia                 | 4.973        | 5.073                                 |
| Ungeklärt               | 1.637        | 4.220                                 |
| Russische Föderation    | 3.914        | 3.938                                 |
| Georgien                | 3.754        | 3.764                                 |
| Guinea                  | 2.763        | 2.873                                 |
| Pakistan                | 2.219        | 2.211                                 |
| Albanien                | 2.147        | 1.877                                 |
| Aserbaidtschan          | 1.681        | 1.783                                 |
| Algerien                | 1.250        | 1.199                                 |
| Marokko                 | 1.137        | 1.096                                 |
| Tunesien                | 669          | 573                                   |
| Nordmazedonien          | 1.306        | 1.247                                 |
| Kosovo                  | 695          | 563                                   |
| Bosnien und Herzegowina | 400          | 408                                   |
| Montenegro              | 146          | 152                                   |

| Jahr 2017              | EASY-Zugänge | formelle Asylanträge<br>(Erstanträge) |
|------------------------|--------------|---------------------------------------|
| Insgesamt              | 164.013      | 198.317                               |
|                        |              |                                       |
| Baden-Württemberg      | 21.277       | 21.371                                |
| Bayern                 | 25.446       | 24.243                                |
| Berlin                 | 8.285        | 9.369                                 |
| Brandenburg            | 5.005        | 5.547                                 |
| Bremen                 | 1.565        | 2.495                                 |
| Hamburg                | 4.199        | 4.664                                 |
| Hessen                 | 12.073       | 14.676                                |
| Mecklenburg-Vorpommern | 3.323        | 3.954                                 |
| Niedersachsen          | 15.299       | 18.861                                |
| Nordrhein-Westfalen    | 34.684       | 53.343                                |
| Rheinland-Pfalz        | 7.922        | 12.951                                |
| Saarland               | 1.987        | 3.099                                 |
| Sachsen                | 8.347        | 7.389                                 |
| Sachsen-Anhalt         | 4.590        | 5.118                                 |
| Schleswig-Holstein     | 5.582        | 6.084                                 |
| Thüringen              | 4.429        | 5.040                                 |
| Unbekannt              | -            | 113                                   |

| Jahr 2018              | EASY-Zugänge | formelle Asylanträge<br>(Erstanträge) |
|------------------------|--------------|---------------------------------------|
| Insgesamt              | 142.823      | 161.931                               |
|                        |              |                                       |
| Baden-Württemberg      | 18.580       | 16.062                                |
| Bayern                 | 22.199       | 21.911                                |
| Berlin                 | 7.260        | 8.216                                 |
| Brandenburg            | 4.328        | 4.679                                 |
| Bremen                 | 1.358        | 1.880                                 |
| Hamburg                | 3.651        | 4.139                                 |
| Hessen                 | 10.527       | 12.865                                |
| Mecklenburg-Vorpommern | 2.883        | 2.828                                 |
| Niedersachsen          | 13.358       | 16.848                                |
| Nordrhein-Westfalen    | 30.203       | 39.579                                |
| Rheinland-Pfalz        | 6.903        | 7.622                                 |
| Saarland               | 1.730        | 2.685                                 |
| Sachsen                | 7.184        | 7.561                                 |
| Sachsen-Anhalt         | 3.970        | 4.283                                 |
| Schleswig-Holstein     | 4.858        | 6.475                                 |
| Thüringen              | 3.831        | 4.169                                 |
| Unbekannt              | -            | 129                                   |

| Jahr 2017      | EASY-Zugänge | formelle Asylanträge<br>(Erstanträge) |
|----------------|--------------|---------------------------------------|
| insgesamt      | 164.013      | 198.317                               |
|                |              |                                       |
| Januar 2017    | 14.349       | 16.057                                |
| Februar 2017   | 13.273       | 14.951                                |
| März 2017      | 13.933       | 18.081                                |
| April 2017     | 11.700       | 13.338                                |
| Mai 2017       | 14.191       | 15.097                                |
| Juni 2017      | 11.186       | 13.685                                |
| Juli 2017      | 12.873       | 15.001                                |
| August 2017    | 14.717       | 16.633                                |
| September 2017 | 13.907       | 14.568                                |
| Oktober 2017   | 14.406       | 14.984                                |
| November 2017  | 15.464       | 16.468                                |
| Dezember 2017  | 14.014       | 12.487                                |

| Jahr 2018      | EASY-Zugänge | formelle Asylanträge<br>(Erstanträge) |
|----------------|--------------|---------------------------------------|
| insgesamt      | 142.823      | 161.931                               |
| Januar 2018    | 14.098       | 12.907                                |
| Februar 2018   | 12.172       | 10.760                                |
| März 2018      | 12.649       | 10.712                                |
| April 2018     | 11.822       | 11.385                                |
| Mai 2018       | 11.737       | 10.849                                |
| Juni 2018      | 11.831       | 11.509                                |
| Juli 2018      | 13.324       | 13.194                                |
| August 2018    | 11.673       | 13.141                                |
| September 2018 | 10.609       | 11.239                                |
| Oktober 2018   | 11.719       | 13.001                                |
| November 2018  | 11.226       | 12.118                                |
| Dezember 2018  | 9.963        | 8.900                                 |

22. Wie viele der Asylersantragsteller erhielten nach dessen Einführung einen Ankunftsachweis (bitte halbjährlich von Einführung bis zum Stichtag 31. Dezember 2018 angeben und der Anzahl von Erstanträgen gegenüberstellen)?

Der Ankunftsachweis wird bei Erstregistrierung ausgestellt und verliert seine Gültigkeit, sobald ein Asylantrag gestellt und daher eine Aufenthaltsgestattung ausgestellt wurde. Zum Stichtag 28. Februar 2019 waren im AZR 341 721 Personen gespeichert, die einen Ankunftsachweis im Zeitraum vom 20. Januar 2016 bis 31. Dezember 2018 erhalten haben.

| Ausgestellt im Jahr | Anzahl  |
|---------------------|---------|
| 2016 1 HJ           | 34.167  |
| 2016 2 HJ           | 91.813  |
| 2017 1 HJ           | 55.350  |
| 2017 2 HJ           | 61.979  |
| 2018 1 HJ           | 49.766  |
| 2018 2 HJ           | 48.646  |
| Gesamt – Summe      | 341.721 |

Zu Asylerstanträgen siehe die folgende Tabelle:

| <b>Jahr</b>  | <b>Asylerstanträge</b> |
|--------------|------------------------|
| <b>2016</b>  | <b>722.370</b>         |
| <i>1.HJ</i>  | <i>399.924</i>         |
| <i>2.HJ</i>  | <i>322.446</i>         |
| <b>2017</b>  | <b>198.317</b>         |
| <i>1.HJ</i>  | <i>101.809</i>         |
| <i>2.HJ</i>  | <i>95.508</i>          |
| <b>2018</b>  | <b>161.931</b>         |
| <i>1. HJ</i> | <i>83.621</i>          |
| <i>2. HJ</i> | <i>78.310</i>          |

Abweichungen zur Anzahl der erteilten Ankunftsnaeweise können viele Ursachen haben. So wird in der Praxis z. B. häufig bei sehr kurzer Zeitspanne zwischen Asylgesuchäußerung und formaler Antragstellung kein Ankunftsnaeweis erteilt.

23. Was war das Ergebnis der Abfrage zum Thema „Sozialleistungsbetrug durch Asylsuchende“ (vgl. letzter Absatz der Antwort der Bundesregierung zu Frage 4g auf Bundestagsdrucksache 18/11262), und welche Entscheidungen hat die Bundesregierung danach getroffen (bitte den Ergebnisbericht übersenden)?

Im Hinblick auf das Ergebnis der Bund-Länder-Abfrage wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4d der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/12623, S. 25 f. verwiesen.

Die in der Antwort zur o. g. Kleinen Anfrage genannte Regelung zur Möglichkeit des Fingerabdruckabgleichs bei Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG ist am 27. Februar 2019 in Kraft getreten (BGBl. I S. 162). Soweit nach einem Datenabruf aus dem Ausländerzentralregister Zweifel an der Identität einer Person fortbestehen, ist die zuständige Behörde danach zur Überprüfung der Identität mittels Fingerabdruckdaten verpflichtet. Ferner wird auf die bereits in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 4g der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/11262, S. 31 f. genannten Instrumente zur Verhinderung von unberechtigter Leistungsgewährung verwiesen.





